



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 1. Februar 1993

Informationsnotiz

Nicht an die Presse

An den Bundesrat

Offizieller Arbeitsbesuch des luxemburgischen Premierministers Jacques Santer  
in Bern, 21. Januar 1993

Am 21. Januar 1993 stattete der luxemburgische Premierminister Jacques Santer in Bern einen offiziellen Arbeitsbesuch ab. Die schweizerische Delegation wurde von Bundespräsident A. Ogi geleitet und bestand im weiteren aus den Bundesräten J.-P. Delamuraz und R. Felber. Die Gespräche hatten vor allem die europäische Integration, die europäische Sicherheitsarchitektur, die Hilfe an die zentral- und osteuropäischen Staaten sowie die Entwicklung in Jugoslawien zum Inhalt. Am Schluss unterzeichneten Bundespräsident Ogi und Premierminister Santer das kürzlich zwischen den beiden Staaten ausgehandelte Doppelbesteuerungsabkommen, womit das einzige bestehende bilaterale "Problem" beseitigt wurde.

In der Beilage erhalten Sie zur Kenntnisnahme einen Bericht über das Ergebnis der Gespräche.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

René Felber

Beilage: 1 Informationsnotiz



## Offizieller Arbeitsbesuch des luxemburgischen Premierministers Jacques Santer in Bern, 21. Januar 1993

Eine Delegation des Bundesrates, bestehend aus Bundespräsident Adolf Ogi und den Bundesräten Jean-Pascal Delamuraz und René Felber, empfing den luxemburgischen Premierminister Jacques Santer am 21. Januar 1993 in Bern zu politischen Gesprächen. Deren wichtigste Elemente lassen sich wie folgt zusammenfassen.

### 1. Europäische Integration

Bundespräsident Ogi wirbt einleitend für Verständnis für die Schweiz nach dem 6. Dezember 1992 und bittet um eine Atempause in bezug auf die Aufnahme von Verhandlungen. Dabei betont er den Willen des Bundesrates, alle internationalen Verpflichtungen einzuhalten und die Schweiz weiterhin als ureuropäisches Land in die internationale Gemeinschaft zu integrieren. Er erläutert die wichtigsten Züge der bundesrätlichen Integrationspolitik: Offenhalten aller Optionen, Nicht-Rückzug des Gesuches um Beitrittsverhandlungen mit der EG, Verzicht auf Beitrittsverhandlungen 1993, Wille zu bilateralen Verhandlungen in den Bereichen Luftfahrt, Strassenverkehr, Diplomanerkennung. Als schweizerische Strategie gelte dabei: Nicht-aus-den-Augen-verlieren von Beitrittsverhandlungen als dem Hauptziel, die Umformung des Eurolexpaketes in ein Swisslexpaket, Revitalisierung der Wirtschaft, gesellschaftspolitische Reformen. Premierminister Santer (S.) werden konkrete Fragen gestellt: Beurteilung der Situation der Schweiz, Beurteilung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten, der EWR ohne die Schweiz, Ziele Luxemburgs im EWR, Schicksal des Kohäsionsfonds ohne die Schweiz und Beurteilung der dänischen Ausnahmen im sicherheitspolitischen Bereich.

S. versichert, dass die EG sich nicht vorstellen kann, langfristig ein Europa ohne die Schweiz zu bauen. Die Ablehnung des EWR sei kein Hindernis für die weitere Mitgestaltung der Schweiz. Die Haltung des Bundesrates werde insofern mit Freude zur Kenntnis genommen. Was den EWR betreffe, so sei er "anzupassen", wobei die technischen Details nicht von Belang seien. Das einzige Problem bestehe im Kohäsionsfonds. Bereits habe Spanien kundgetan, es beharre auf einer Kompensation durch die übrigen EFTA-Länder, was diese wiederum ablehnen. S. glaubt angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage nicht an ein Nachgeben der EFTA-Staaten. Es bleibe abzuwarten, wie sich die südeuropäischen Länder schliesslich verhalten. Im Bereiche der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik habe der Edinburger Gipfel eine gewisse Klärung gebracht. Die "dänische Frage" hätte mit Präzisierungen und Interpretationen des Maastrichter Vertrages gelöst werden können. In EG-Lesart handle es sich nicht um Konzessionen, was von der dänischen Regierung natürlich für ihre eigene Bevölkerung anders dargestellt werde. Die beschlossene Transparenz der Ministerratsverhandlungen, die Betonung der Subsidiarität, die Aufrechterhaltung einer nationalen Bürgerschaft neben einer europäischen seien eigentlich Selbstverständlichkeiten in Europa. Insofern habe Dänemark nichts grundlegend Neues erreicht, und auch der Ausstieg aus der dritten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion sei Dänemark bereits in einem Zusatzprotokoll zu Maastricht zugestanden worden. Man hoffe auf eine Zustimmung zum zweiten Maastricht-Referendum in Dänemark. Die dänischen Ausnahmen im Sicherheitsbereich sieht S. als nur für dieses Land gültig an. Andere EG-Länder sowie die Beitrittskandidaten hätten Maastricht so anzunehmen, wie es ursprünglich vereinbart worden ist. Gleichzeitig unterstreicht S., dass nur die betroffenen Länder selber über ihre Neutralität befinden können.

Viel wichtiger scheint S. aber das Problem in Grossbritannien zu sein. Er bedauert das Nachgeben des britischen Premiers vor seinen Hinterbänkclern. Leider sei die Sache in London noch nicht gewonnen. Generell beurteilt S. den Edinburger Gipfel als Erfolg. Was die Wirtschafts- und Währungsunion angeht, so sieht S. als bestes Mittel zu deren Erreichung ein reibungsloses Funktionieren des europäischen Währungssystems. Leider habe man seit 1987 keine periodischen Anpassungen mehr vorgenommen. Die aus politischen Gründen von Anfang an dem englischen Pfund gewährte Ueberbewertung habe einen zu hohen Umrechnungskurs gebracht, was mit der Zeit zu Spannungen geführt habe. Wolle man die WWU als Ziel erreichen, brauche es eine sofort wirksame solide Verwaltung des heutigen Währungssystems. Nur Frankreich, Deutschland, die drei Benelux-Länder und evtl. Dänemark beurteilt S. als reif für eine volle Mitwirkung in der WWU, dies im Gegensatz zu Ländern wie Griechenland und Italien. So sei im Währungsbereich eindeutig ein Europa der zwei, ja sogar mehrerer Geschwindigkeiten festzustellen, was aber schon immer so gewesen sei. Wichtiger sei jedoch eine mehr oder weniger gleichzeitig erreichte Kongruenz der Wirtschafts- und Finanzpolitiken.

## 2. Europäische Sicherheitsarchitektur

S. betont die Verbindung der EG-Sicherheitspolitik mit der NATO und bezeichnet die WEU als den europäischen Pfeiler des Nordatlantischen Paktes. Um auch denjenigen EG-Ländern, die nicht NATO-Mitglieder sind, eine Teilnahme an der Ausgestaltung der gemeinsamen Sicherheitspolitik zu ermöglichen, habe man in der WEU kürzlich verschiedene Mitgliederkategorien geschaffen, z.B. die affilierte Mitgliedschaft und die Beobachterrolle. Diese Kategorien seien bestimmt für Irland und später auch für Oesterreich und Finnland. S. macht dabei eine klare Unterscheidung zwischen gemeinsamer Verteidigung und gemeinsamer Sicherheitspolitik. Für die Schweiz sieht er durchaus Möglichkeiten, zur WEU und zur NATO informelle Beziehungen zu unterhalten.

## 3. Hilfe an Osteuropa

Beide Delegationen sind sich einig in der Beurteilung der desolaten Wirtschaftslage in Osteuropa, die dadurch verstärkt werde, dass es keinerlei tragende Mittelschicht gebe, dies vor allem in der ehemaligen Sowjetunion. Seit drei Jahren nähre man Hoffnungen und Illusionen. Leider sei die Bilanz der Hilfe, gesamthaft gesehen, mager. Es mangle auch an konkreten multilateralen Projekten. In dieser Beziehung erfülle die Europäische Entwicklungsbank ihre Rolle ungenügend. Einig ist man sich über die Notwendigkeit, weiterhin grosszügig Hilfe zu leisten, um einen Rückfall Osteuropas in kommunistische Zeiten zu verhindern. Besonderes Gewicht sei dabei auf den Ausbau der Infrastruktur sowie auf die Schulung von Kadern zu legen. S. beschreibt die wichtigsten luxemburgischen Projekte: Finanzierung einer Schule für Bankkader in Moskau und eine Investition von 3 Mia Lux-Franken in eine Glasfabrik in Ungarn. Ferner sei Luxemburg an Stahlfabriken in Ostdeutschland im Umfang von 600 Mio DM beteiligt. Beide Seiten stimmen ferner darin überein, dass die Hilfe an Osteuropa keinesfalls neokolonialistische Züge annehmen dürfe. S. meint abschliessend, ohne wirtschaftliche Stabilität gebe es keine politische Stabilität im Osten, und gleichzeitig sei dann auch im Westen langfristig keine Stabilität möglich.

## 4. Jugoslawien

Die schweizerische Delegation beschreibt zusammenfassend unsere Jugoslawienpolitik und weist auf unsere Stellung als "Frontstaat" hin mit über 300'000 Bürgern aus dem ehemaligen Jugoslawien in unserem Land. Dies führe natürlicherweise zu Spannungen unter den verschiedenen Völkern in den bei uns lebenden Kolonien. Glücklicherweise sei es bis jetzt zu keinen grösseren Auseinandersetzungen gekommen. Auf die Frage, ob die Zustimmung des "Parlamentes" der bosnischen Serben zum Vance-Owen-Plan seriös sei, weiss niemand eine klare Antwort. S. betont, der bosnische Präsident Izetbegovic hätte bereits beim Ausbruch des serbisch-kroatischen Krieges vorausgesagt, dass der Konflikt am Ende auf Kosten Bosniens gehen werde, und heute wohne man genau dieser Entwicklung bei. Der tragische Verlauf sei auf Fehler verschiedener Seiten zurückzuführen. Der kroatische Präsident Tudjman könne hier nicht von Schuld freigesprochen werden, habe er doch seinerzeit, trotz besserer Beratung, es abgelehnt, den kroatischen Serben Minderheitenrechte zu garantieren. Luxemburg verfolge grundsätzlich dieselbe Politik wie die Schweiz. S. zeigt sich sehr pessimistisch über die Möglichkeit einer baldigen Befriedung. Zuviel Hass sei aufgestaut; eine militärische Intervention, die mindestens 5-600'000 Mann benötige, bringe nichts. Luxemburg selber habe ein Kontingent in Kroatien stehen, dessen Sicherheit dem luxemburgischen Parlament gegenüber habe garantiert werden müssen. Bei einer militärischen Intervention müsste die Regierung diese Männer also zurückziehen.

#### 5. Bilaterale Angelegenheiten

Beide Seiten betonen mit Genugtuung die Nichtexistenz bilateraler Probleme. S. freut sich über die Anwesenheit von über 200 luxemburgischen Studenten an schweizerischen Universitäten, seiner Meinung nach der beste Garant für andauernde freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern. Das bisher einzig bestehende "Problem", das Fehlen eines Doppelbesteuerungsabkommens, konnte mit dem kürzlichen Abschluss der Verhandlungen ausgeräumt werden. Bundespräsident Ogi und Premierminister Santer benutzten den Besuch, das Abkommen ad referendum feierlich zu unterzeichnen.